



Grosser Stadtrat der Stadt Schaffhausen

PROTOKOLL

Sitzung Nr. 7
Dienstag, 20. August 2013
18:06 - 20:17 Uhr
Kantonsratsaal der Rathauslaube
Genehmigt am: 10.09.2013

Vorsitz:	Daniel Schlatter	SP
Protokoll:	Gabriele Behring	
Stimmzähler:	Martin Egger Martin Jung	FDP AL
Anwesend:	Von total 36 Mitgliedern: Ratspräsident und 32 Mitglieder	
Entschuldigt:		
Ganze Sitzung:	Andi Kunz Hansueli Scheck Alfred Tappolet	AL SVP SVP

TRAKTANDEN

1	VdSR vom 7. Mai 2013: Baubrechnung Sanierung der Bühl-Sportanlagen (Bau eines Kunstrasen-Spielfeldes)	Seite	5
2	Postulat Nihat Tektas (FDP) vom 16. Mai 2013: Schaffhauser Stromerzeugung aus einer Hand vom	Seite	6
3	Postulat Res Hauser (JFSH) vom 18. Juni 2013: Taxiverordnung durchsetzen, ändern oder abschaffen	Seite	22

PENDENTE GESCHÄFTE**EINGANG TITEL DES GESCHÄFTES**

17.07.2012	Bericht des Stadtrates zur Motion Wullschleger "Gesunde und attraktive Finanzen"	GPk
25.09.2012	VdSR VBSh/RVSH: Ein Bus, ein Dach, ein Unternehmen	SPK
20.11.2012	VdSR Erweiterung Schulanlage Breite	FK Bau
20.11.2012	VdSR Zukünftige Energie- und Klimaschutzpolitik	SPK
26.11.2012	VdSR Ergänzung zur Verordnung über das Dienstverhältnis und die berufliche Vorsorge der Mitglieder des Stadtrates	GPk
04.12.2012	VdSR Bauabrechnung Sanierung Eissportanlagen KSS	GPk
18.12.2012	VdSR Bauabrechnung Sanierung und Ersatzneubau QDZ Künzle-Heim	GPk
30.04.2013	VdSR Bauabrechnung Sanierung und Erneuerung des Museums zu Allerheiligen	GPk
19.06.2013	Motion Christa Flückiger/Patrik Simmler: Förderung von gemeinnützigem Wohnungsbau	
25.06.2013	Postulat Urs Tanner (SP), Thomas Hauser (FDP) und Edgar Zehnder (SVP): Standort Challenge-League-taugliches Fussballstadion, Konsultativabstimmung	
25.06.2013	VdSR Botschaft zur Initiative "Eine Schuldenbremse für die Stadt Schaffhausen" der FDP/JFSH der Stadt Schaffhausen, Stellungnahme und Gegenvorschlag des Stadtrats	SPK
02.07.2013	Postulat Beat Brunner (EDU): Rückzug des Materialabbaugebiets Solenberg aus dem Regionalen Naturpark	
02.07.2013	VdSR Städtische Werke Schaffhausen (StWSN), Tarifrevision Wasser 2013, Anpassung Rahmentarif Wasser (RTOW 2013)	SPK
30.07.2013	VdSR Verlängerung des Baurechts Boccia Club Schaffhausen an der Birchstrasse 75 auf einer Teilfläche von ca. 1'520 m ² der städtischen Parzelle GB Nr. 1897	FK Bau
20.08.2013	Interpellation Dr. Katrin Bernath (OeBS): Freiräume für die Bevölkerung und die Natur in der Stadt Schaffhausen	

Kleine Anfragen 2013:

- Kleine Anfrage von Katrin Hauser-Lauber (FDP) vom 21. April 2013: Ist die Zukunft der Polizeiarbeit in unserer Altstadt rund um die Uhr ohne Mehrkosten für die Stadt gesichert?
- Kleine Anfrage von Christa Flückiger (SP) vom 31. Mai 2013 (Eingang: 14. Juni 2013): Schulraumplanung im Fokus bereits bestehender Neubauwohnungen und geplanten Wohnbauprojekten
- Kleine Anfrage von Beat Brunner (EDU) vom 5. Juni 2013 (Eingang: 10. Juni 2013): "Waldstadt-Überbauung" im Pantli
- Kleine Anfrage von Hermann Schlatter (SVP) vom 11. Juni 2013: Wohnraumentwicklung wie weiter?
- Kleine Anfrage von Nicole Herren (FDP) vom 12. Juni 2013 (Eingang: 18. Juni 2013): Aufgaben der Stadtbildkommission
- Kleine Anfrage von Mariano Fioretti (SVP) vom 1. Juli 2013: Ungleichbehandlung von Mann und Frau in KSS-Wellnesspark Aisuma stoppen

BESCHLÜSSE UND ERLEDIGTE GESCHÄFTE

Traktandum 1 Vorlage des Stadtrats vom 7. Mai 2013: Bauabrechnung Sanierung der Bühl-Sportanlagen (Bau eines Kunstrasen-Spielfeldes)

Der Grosse Stadtrat heisst die Vorlage des Stadtrats vom 7. Mai 2013 im vereinfachten Verfahren wie folgt gut:

1. Der Grosse Stadtrat nimmt Kenntnis von der Vorlage des Stadtrates vom 7. Mai 2013 betreffend Bauabrechnung Sanierung der Bühl-Sportanlagen (Bau eines Kunstrasen-Spielfeldes).
2. Der Grosse Stadtrat stimmt der Bauabrechnung Sanierung der Bühl-Sportanlagen (Bau eines Kunstrasen-Spielfeldes) zu. Das Investitionskonto 64101.500.328 wird abgerechnet.

Traktandum 2 Postulat Nihat Tektas (FDP) vom 16. Mai 2013: Schaffhauser Stromerzeugung aus einer Hand

Das Postulat wird von Nihat Tektas (FDP) begründet, von Stadtpräsident Thomas Feurer beantwortet und im Rat diskutiert.

In der Schlussabstimmung wird das Postulat vom Grossen Stadtrat mit 20 : 12 Stimmen nicht überwiesen.

Traktandum 3 Postulat Res Hauser (JFSH) vom 18. Juni 2013: Taxiverordnung durchsetzen, ändern oder abschaffen

Das Postulat wird von Res Hauser (JFSH) begründet, von Stadtrat Simon Stocker beantwortet und im Rat diskutiert.

In der Schlussabstimmung wird das Postulat vom Grossen Stadtrat mit 20 : 8 Stimmen überwiesen.

BEGRÜSSUNG

Der **Ratspräsident, Daniel Schlatter (SP)**, eröffnet die Sitzung Nr. 7 vom 20. August 2013 mit der Begrüssung der Ratsmitglieder, des Stadtpräsidenten und der Herren Stadträte sowie der Medienberichterstatter.

An der heutigen Ratssitzung sind die Stimmzähler Andi Kunz (AL) und Hansueli Scheck (SVP) nicht anwesend. Das Büro schlägt als Ersatzstimmzähler Martin Jung (AL) vor. *Kein Gegenantrag, so beschlossen.*

Die Ratsmitglieder haben erhalten, bzw. auf ihren Pulten liegen auf:

- VdSR Städtische Werke Schaffhausen (StWSN), Tarifrevision Wasser 2013, Anpassung Rahmentarif Wasser (RTOW 2013) vom 2. Juli 2013
- VdSR Verlängerung des Baurechts Boccia Club Schaffhausen an der Birchstrasse 75 auf einer Teilfläche von ca. 1'520 m² der städtischen Parzelle GB Nr. 1897 vom 30. Juli 2013
- Antrag der GPK vom 11. Juli 2012 auf Behandlung im vereinfachten Verfahren der VdSR Bauabrechnung Sanierung der Bühl-Sportanlagen (Bau eines Kunstrasen-Spielfeldes)
- Kleine Anfrage von Mariano Fioretti (SVP) vom 1. Juli 2013: Ungleichbehandlung von Mann und Frau in KSS-Wellnesspark Aisuma stoppen
- Postulat von Beat Brunner (EDU) vom 2. Juli 2013: Rückzug des Materialabbaugebiets Solenberg aus dem Regionalen Naturpark
- Antwort des Stadtrats vom 6. August 2013 auf die Kleine Anfrage von Diego Faccani (FDP) und Till Hardmeier (JFSH) vom 21. Mai 2013: Wie weiter mit der KSS? Mehr Mitsprache für die Stadt
- Jahresrechnung 2012 der Einwohnergemeinde Schaffhausen
- Jahresbericht der KSS Freizeitpark Schaffhausen 2012
- Einladung/Programm für den Ratsausflug vom 3. September 2013
- Einladung zum Tag des Denkmals in Stein am Rhein vom 7. September 2013

Zuweisungsvorschläge seitens des Büros:

- VdSR Städtische Werke Schaffhausen (StWSN), Tarifrevision Wasser 2013, Anpassung Rahmentarif Wasser (RTOW 2013): Das Büro schlägt eine Vorberatung in der GPK vor.

Martin Egger (FDP):

„Ich spreche im Namen der Minderheit der Büromitglieder und stelle den Antrag, diese Vorlage einer 11er SPK zur Vorberatung zuzuweisen. Wir begründen unseren Antrag wie folgt: Das Thema betrifft und interessiert eine breite Öffentlichkeit. Nachdem sich die Schaffhauser Nachrichten in ihrer Ausgabe vom 13. Juli 2013 dieses Themas angenommen haben, reagierten verschiedene Bürgerinnen und Bürger empört über die markanten Preiserhöhungen. In der Folge gingen bei diversen Ratsmitgliedern Rückmeldungen aus der Bevölkerung ein, die ihren Unmut über die Preiserhöhungen zum Ausdruck brachten. Mit „Die Sparenden sind die Zahlenden“ lassen sich die frustrierten Rückmeldungen zusammenfassen. Aufgrund dieser Reaktionen ist die Minderheit der Büromitglieder der Meinung, dass es sich bei dieser Vorlage nicht um ein rein finanzielles Geschäft handelt, das von der GPK behandelt werden sollte. Die Vorlage müsse breiter abgestützt beraten werden. Wir beantragen daher, das

Geschäft einer 11er SPK zuzuweisen und bitte Sie um Ihre Unterstützung. “

Abstimmung:

Der Grosse Stadtrat heisst den Antrag auf Zuweisung zur Vorberatung in eine 11er-SPK mit 18:10 Stimmen gut (einladende Fraktion: OeBS/CVP/EVP).

- VdSR Verlängerung des Baurechts Boccia Club Schaffhausen an der Birchstrasse 75 auf einer Teilfläche von ca. 1'520 m² der städtischen Parzelle GB Nr. 1897: Das Büro schlägt eine Vorberatung in der Fachkommission Bau, Planung, Verkehr, Umwelt und Sicherheit vor. *Kein Gegenantrag, so beschlossen.*

PROTOKOLL

Die Protokolle der Ratssitzungen Nr. 5 vom 18. Juni 2013 und Nr. 6 vom 2. Juli 2013 wurden vom Büro geprüft und genehmigt. Sie liegen zur Einsichtnahme bei der Ratssekretärin auf dem Kanzleisch auf. Begehren auf Änderungen sind innert 10 Tagen dem Ratsbüro mitzuteilen. Die Protokolle gelten somit unter dem Vorbehalt von Art. 32 Abs. 3 und 4 der Geschäftsordnung des Grossen Stadtrats als genehmigt.

TRAKTANDENLISTE

Die Traktandenliste für die heutige Sitzung wurde dem Parlament rechtzeitig zugestellt. Es werden keine Änderungsanträge gestellt, somit gilt sie als genehmigt.

**Traktandum 1 VdSR vom 7. Mai 2013:
Bauabrechnung Sanierung der Bühl-Sportanlagen (Bau
eines Kunstrasen-Spielfeldes)**

Der Grosse Stadtrat heisst die Vorlage des Stadtrats vom 7. Mai 2013 im vereinfachten Verfahren wie folgt gut:

1. Der Grosse Stadtrat nimmt Kenntnis von der Vorlage des Stadtrates vom 7. Mai 2013 betreffend Bauabrechnung Sanierung der Bühl-Sportanlagen (Bau eines Kunstrasen-Spielfeldes).
2. Der Grosse Stadtrat stimmt der Bauabrechnung Sanierung der Bühl-Sportanlagen (Bau eines Kunstrasen-Spielfeldes) zu. Das Investitionskonto 64101.500.328 wird abgerechnet.

Das Geschäft ist erledigt.

**Traktandum 2 Postulat Nihat Tektas (FDP) vom 16. Mai 2013:
Schaffhauser Stromerzeugung aus einer Hand****Nihat Tektas (FDP)****Begründung**

"Ich gehe davon aus, dass Sie alle genug Zeit hatten, unser Postulat durchzulesen. Diesem konnten Sie nämlich bereits die wesentlichen Gründe für eine Überweisung entnehmen. Ich hoffe sehr, dass Sie diese Argumente überzeugen konnten und mich und meine Fraktion heute Abend bei der Überweisung unterstützen werden. Für diejenigen unter Ihnen, die noch nicht restlos überzeugt sind, möchte ich an dieser Stelle einige ergänzende Ausführungen machen und Ihnen etwas genauer darlegen, weshalb ein solcher Schritt aus unserer Sicht sowohl für unsere Stadt als auch für unseren Kanton notwendig ist.

Ich bin mir bewusst, dass die Idee einer Zusammenlegung der Städtischen Werke und der EKS nicht brandneu ist; einige von Ihnen würden sogar von einem alten Hut sprechen. Ich weiss, dass es bereits weit gediehene Diskussionen zwischen Stadt und Kanton gab. Man liess die Idee aber wieder fallen. Bereits früher gab es einen Vorstoss von Peter Schmid aus dem Jahre 1970, der eine Teilfusion von EWSch und EKS verlangte. Konkret verlangte er unter anderem gemeinsame Verteilnetze, die Zusammenlegung der kaufmännischen und technischen Abteilungen und die Errichtung einer gemeinsamen Beratungs- und Verkaufsstelle. Die Motion wurde am 18. September 1970 erheblich erklärt. Es vergingen rund zehn Jahre, bis eine Vorlage ausgearbeitet wurde. 1981 hat der Grosse Stadtrat diese aber an den Stadtrat zurückgewiesen. Eine Vorlage gab es schliesslich nie, sondern sie wurde 1986 abgeschrieben, da „zentrale Punkte des Vorstosses in der Zwischenzeit umgesetzt seien, und es sich im Übrigen um eine dauernde Aufgabe handle“.

Sind wir nun Trötler oder sture Zeitgenossen, weil wir diese Idee wieder auf das politische Parkett gebracht haben? Bestimmt nicht. Für gewisse Veränderungen braucht es nicht nur die richtige Lösung, sondern auch den richtigen Zeitpunkt oder, wie wir das wohl eher erleben, den nötigen Leidensdruck. Diesem sind wir ziemlich ausgesetzt, weshalb wir von der FDP/JFSH-Fraktion die Ansicht vertreten, dass jetzt der richtige Zeitpunkt gekommen ist, die Frage der Zusammenlegung der beiden genannten Betriebe nochmals anzugehen. Dem Postulat konnten Sie summarisch entnehmen, welche Gründe aus unserer Sicht für eine Zusammenlegung sprechen. Auf beide Gründe möchte ich im Anschluss näher eingehen.

Zum einen habe ich in der Begründung die angespannten Finanzen unserer Stadt und unseres Kantons angesprochen. Hier kann ich mich kurz fassen: Die finanzielle Lage der Stadt ist Ihnen allen bekannt, im Kanton konnten Sie es über die Medien verfolgen. Hier kann ich nur beispielhaft das Stichwort ESH3 erwähnen. Düstere Prognosen zeichnen sich für unsere finanzielle Zukunft ab, die einzelne Exekutivpolitiker sogar dazu bringen, laut über Steuererhöhungen nachzudenken. Ich frage mich sowieso, was das soll: Laut nachdenken. Wir haben doch die Gabe, lautlos zu denken, machen wir davon auch Gebrauch, denn - seien wir ehrlich - da kommt selten etwas Gutes heraus.

In finanziell angespannten Zeiten ist es als Parlamentarier umso mehr unsere Pflicht und Verantwortung, Lösungen zu präsentieren, wie wir nachhaltig unseren Haushalt wieder ins Lot bringen - auch wenn sie unbequem und auf den ersten Blick unbeliebt erscheinen - statt den einfachen, aber aus meiner Sicht falschen Weg zu beschreiten und die Steuern zu erhöhen. Unser Anliegen, nämlich die Zusammenlegung der beiden Betriebe, soll dazu führen, dass die Verwaltungsstrukturen optimiert und als

Folge davon die Finanzlage von Stadt und Kanton nachhaltig verbessert wird. Können wir diese Strukturen überhaupt optimieren? Wir sagen klar Ja.

Wir wissen, dass beide Unternehmen mit Strom Handel betreiben und ebenso über eine Netzinfrastruktur für den Strom verfügen. Hier gibt es unzählige Möglichkeiten, die anstehenden Probleme und Herausforderungen inskünftig als Einheit anzugehen, sei es bei der Instandhaltung der bisherigen Netze oder der Planung, beim Bau oder beim Betrieb neuer Netze. Eine vertiefte oder gemeinschaftliche Zusammenarbeit als Stromdienstleister würde in diesen Bereichen eindeutig zu positiven Effekten aus Sicht des Unternehmens führen, schliesslich müssen beide dieselbe Aufgabe erfüllen, nämlich den Versorgungsauftrag sicherstellen. Darüber hinaus entdecken Sie, wenn Sie das Leitbild der Städtischen Werke mit der Mission und den Kernwerten der EKS vergleichen, lauter Gemeinsamkeiten im Bereich Umwelt, Nachhaltigkeit und Kundenbedürfnisse; diese Texte könnten sogar aus einer Feder stammen.

Aber auch strategisch haben diese Unternehmen weitgehend identische Ziele, wie beispielsweise die Förderung der Energieeffizienz sowie der erneuerbaren Energien. Diese Ziele decken sich im Übrigen auch mit den jeweiligen Eigentümern dieser Betriebe, nämlich denen der Stadt Schaffhausen, des Kantons und sogar der Axpo. Sie wissen es, das EKS gehört zu 75% dem Kanton und zu 25% der Axpo. Ich verweise auf die Legislatorschwerpunkte 2013-2016 des Stadtrates, auf das Legislaturprogramm 2013-2016 des Regierungsrates sowie auf die Broschüre der Axpo mit dem Titel „Strom für heute und morgen - Stromperspektiven 2020 - neue Erkenntnisse“. In diesen Unterlagen wird explizit der Wunsch nach mehr Energieeffizienz und erneuerbaren Energien geäussert.

Sie sollten ebenfalls zur Einsicht gelangen, dass bei einer Zusammenlegung der Betriebe unter diesen Umständen die Organisationsstrukturen bedeutend straffer und effizienter gestalten werden könnten. Leider tun sie dies nicht von alleine. Es scheint so, dass die dauernde Aufgabe aus dem Jahre 1986 irgendwann vergessen ging. Gleichzeitig haben die Städtischen Werke, um die Herausforderungen im Bereich der erneuerbaren Energien zu bewältigen, eine neue Abteilung „Erneuerbare Energien“ geschaffen (dies entnehme ich dem Geschäftsbericht der Städtischen Werke für das Jahr 2012). Ein Bereich, in dem auch das EKS, wie schon erwähnt, sehr aktiv mit seinem Förderprogramm ist und auch den Schwerpunkt bei Forschung und Entwicklung neuer Technologien setzt. Gerade die erneuerbaren Energien, ein wichtiger Pfeiler dieser beiden Betriebe, wäre doch ein guter Ansatzpunkt für eine zukünftige Zusammenarbeit, wenn es für beide Betriebe einen Bereich, das heisst nur eine Anlaufstelle für Auskünfte, Beratungen und Vermittlungen gäbe. Schliesslich reden doch alle - soweit mir bekannt ist - von den gleichen erneuerbaren Energien. Das wäre aus unserer Sicht ein Bereich, in dem viel Synergiepotential drin steckt.

Selbstverständlich wäre bei einer Optimierung der Strukturen eine Kostenreduktion erwünscht, was insbesondere im Bereich Personal möglich ist. So ehrlich müssen wir sein, was das Personal betrifft: Es werden in den kommenden Jahren auf verschiedenen Ebenen immer wieder Mitarbeitende in Pension gehen, und Strukturen können sich sehr wohl über solche Abgänge entwickeln. Es ist keine Rede davon, dass von Heute auf Morgen Dutzende von Stellen gestrichen werden müssen. Dies sei an dieser Stelle klar und deutlich gesagt.

Des Weiteren sehen wir im Bereich Werbung/Marketing/Dienstleistungen ein weiteres Optimierungs- beziehungsweise Sparpotential. Ein konkretes Beispiel aus

diesem Bereich: Wir haben im Herzen der Altstadt in unmittelbarer Nähe zwei Räumlichkeiten: Den Energiepunkt und das Lichtformat. Die Frage sei erlaubt: Ist ein Einzelauftritt wirklich notwendig oder gäbe es nicht Möglichkeiten und Wege eines effizienteren Auftritts, das heisst "Hand in Hand" in einer Räumlichkeit? Schliesslich bieten beide „Filialen“ überschneidende Dienstleistungen an, nämlich Information und Beratung zum Thema Alternativenenergien und Energieeffizienz. Aus unserer Sicht liegt ein grosses Sparpotential brach.

Oder ein anderes Beispiel: Ist es aus Ihrer Sicht wirklich sinnvoll und notwendig, dass sowohl die Städtischen Werke als auch das EKS an der Herbstmesse Schaffhausen je einen eigenen Messestand in derselben Halle betreiben - die einen sind am Stand 505, die anderen am Stand 508 - und gleichzeitig im Herbstmessemagazin ihre Werbung platzieren? Zweimal die Werbemaschinerie und zweimal die Marketingmaschinerie für die gleiche Botschaft am gleichen Anlass: Wie spare ich Strom im Alltag. Diese Message würde sicherlich in Zusammenarbeit und mit nur einem Stand mindestens so eindrücklich ankommen.

Mit einer Zusammenlegung im Bereich Elektrizität können wir aber nicht nur mittel- bis langfristig erhebliche Kosten sparen, sondern auch inskünftig mit einem schlanken und schlagkräftigen Betrieb die anstehenden Herausforderungen in der Strombranche gestärkt und selbstbewusst angehen. Und damit bin ich beim zweiten Argument - der Umbruchstimmung in der Strombranche und den damit verbundenen Unsicherheiten.

Wie Sie wissen, tickt die Energiepolitik des Bundes seit Fukushima anders. Der Ausstieg aus der Kernenergie wurde beschlossen, wir streiten uns jetzt noch über das Wann. Abgeleitet daraus haben wir im Kanton und auch in der Stadt unsere eigenen Ziele gesetzt. Unsere Gesellschaft soll sich inskünftig über ihren Verbrauch in Watt definieren. 2000 soll die magische Zahl lauten, unser hehres Ziel für die nächsten 60 Jahre. Wir definieren jetzt für meine 14-monatige Tochter, wie sie in ihrem Rentenalter zu leben hat (dabei können wir ihr nicht einmal garantieren, ob sie je eine Rente erhalten wird - dies aber nur als Nebenbemerkung). Was ich damit meine, ist Folgendes: Dies sind sehr ambitionöse Ziele; wir haben mit einem Zusammenschluss viel eher die Möglichkeit, unsere Ziele zu erreichen, indem wir gemeinsam am gleichen Strick ziehen - insbesondere, wenn man sich auch noch die Liberalisierung des Strommarktes vor Augen führt.

Diese Liberalisierung des Strommarktes hat ihre ersten Spuren hinterlassen. Dies wird im Geschäftsbericht der Städtischen Werke für das Jahr 2012 explizit bestätigt. Der Direktor der Werke hält sodann im selben Bericht fest: "Die Städtischen Werke sind gut beraten, innovativ und effizient den Versorgungsauftrag umzusetzen." Dies gilt natürlich auch für das EKS. Der nächste Liberalisierungsschritt steht im nächsten Jahr bevor, was die Aufgabe der beiden Betriebe sicherlich nicht vereinfacht. Es wäre nur folgerichtig, wenn sich unsere beiden Stromlieferanten gemeinsam für diese Herausforderung wappnen, statt die zukünftig gleichen Kunden mit doppelten (einmal EKS und einmal Städtische Werke) Marketing- und Werbemassnahmen zu ködern. Ich habe vorhin Beispiele solcher Marketingaufwendungen aufgezeigt; eine Vielzahl weiterer Aktivitäten habe ich gar nicht erst erwähnt. Diese können Sie gerne der Homepage der jeweiligen Unternehmung entnehmen (dazu gibt es einen Imagefilm; Sie kennen sicherlich auch den 10minütigen Spot im Schaffhauser Fernsehen).

Zu Urs Tanner möchte ich sagen, dass lauter "Pipifax" auch einen grossen "Pipifux"

ergibt.

Selbstverständlich findet man immer einen Grund, eine solche Zusammenlegung zu verneinen oder aber als Daueraufgabe zu sehen, wie seinerseits der Stadtrat. Bei derart komplexen Geschäften gibt es immer Unsicherheiten, fürchtet man sich allenfalls vor Risiken und entscheidet sich im Zweifel für den Status quo. Bedenken Sie aber, was unsere Alternativen sind, und zwar sowohl aus finanzieller als auch aus energiepolitischer Sicht.

Abschliessend möchte ich festhalten, dass ich mit diesem Postulat nicht das Ziel vorgebe, das heisst eine selbständige AG oder ähnliches, sondern gebe lediglich die Richtung vor. Die Diskussion - das heisst, wie sieht der zukünftige Betrieb aus - wird erst folgen, wenn das Postulat überwiesen und der Stadtrat uns eine Vorlage unterbreiten wird, wie bei der Vorlage VBSH/RVSH - Ein Bus, ein Dach, ein Unternehmen. Ich habe dieses Beispiel schon mehrfach erwähnt, nicht weil die beiden Geschäfte ähnlich oder vergleichbar sind, sondern weil das Vorgehen gleich ist.

Vielleicht zum Postulatstext selbst folgende Selbstkritik: Tatsächlich ist der letzte Nebensatz in der Begründung - unter Beibehaltung der Eigentumsverhältnisse - etwas unglücklich formuliert. Es geht mir eigentlich darum, dass, wenn wir eine eigene Einheit schaffen, Stadt und Kanton nach den entsprechenden Umsatzwerten beteiligt sind, um hier die Mitspracherechte der öffentlichen Hand zu gewährleisten. Dies haben wir explizit erwähnt, um nicht von gewissen Kreisen mit dem Vorwurf konfrontiert zu werden, wir würden die Städtischen Werke der öffentlichen Kontrolle entziehen wollen, wie es auch schon in einem Leserbrief behauptet wurde. Nein, das wollen wir nicht - und schon gar nicht mit diesem Vorstoss.

Ich freue mich auf die Meinung der übrigen Fraktionen und des Stadtrats. Sollten Sie kreative Inputs haben und diese gut begründen, bin ich selbstverständlich bereit, zusammen mit meiner Fraktion über eine Änderung des Postulatstexts zu verhandeln.

Meine Ausführungen sind deckungsgleich mit der Fraktionserklärung der FDP/JFSH-Fraktion. Meine Fraktion kannte bisher meine Ausführungen noch nicht im Detail, aber sie schweigt, und daraus schliesse ich, dass sie damit einverstanden ist. "

SR Thomas Feurer

Stellungnahme

"Ich nehme gerne zum Vorstoss von Nihat Tektas Stellung. Es ist mir in seiner Begründung aufgefallen, dass er gewisse Sachen, welche die Thematik wesentlich komplizieren, nicht erwähnt hat. Damit will ich nicht sagen, dass wir nicht bereit sind, über unsere Nasenspitze hinaus zu denken, laut zu denken und auch wirklich zu handeln. Damit sind wir schon länger beschäftigt, und ich werde darauf zurückkommen. Es ist mir ein Anliegen, dies gleich am Anfang zu erwähnen.

Sie haben immer nur von Strom gesprochen. Die Städtischen Werke (StWSN) sind weit mehr als ein Stromlieferant; sie sind nicht nur ein Stromproduzent, nebst den Stromlieferungen in einem allerdings kleineren Gebiet wie das EKS, sondern auch ein Gas- und Wasserlieferant für andere Gemeinden. Die Städtischen Werke sind an einem Unternehmen beteiligt, das sich mit Contracting befasst, und sie halten eine Mehrheitsbeteiligung der SASAG. Diese verschiedenen Bereiche komplizieren die

Angelegenheit, und der sehr einfach lautende Auftrag der Zusammenlegung gestaltet sich viel schwieriger. Wir signalisieren trotzdem unsere Bereitschaft weiterzudenken; entsprechende Gespräche sind am Laufen.

Der Stadtrat dankt dem Postulanten und den Mitunterzeichnenden für die schriftliche und die ausführliche mündliche Begründung des Postulats. Wir haben die Inhalte des Vorstosses sorgfältig überprüft und geben Ihnen gerne einen Überblick über die heutige Situation und die geplanten Schritte in diesem Bereich. Wir sind - wie bereits erwähnt - nicht untätig. Bereits in der Berichterstattung der Schaffhauser az vom 23. Mai 2013 wurden der zuständige Energiedirektor des Kantons und ich so zitiert, dass seit einiger Zeit Gespräche über eine Annäherung der beiden Werke laufen, und wir uns darauf verständigten, einen schrittweisen Ansatz zu wählen. Hier zeigt es sich, dass wir den anderen Ansatz wählen, nämlich einen schrittweisen - im Gegensatz zum Postulat, das einen direkten Ansatz zur Zusammenlegung anstrebt. Im Sinne dieser schrittweisen Annäherung können wir bei einer inhaltlichen Anpassung der Kernforderung eine Entgegennahme des Postulats signalisieren, weisen aber darauf hin, dass es sich nur um einen Prüfungsauftrag handeln kann. Dabei stehen aus verschiedenen Gründen - ich werde später darauf eingehen - vor allem geeignete Formen der Zusammenarbeit und nicht die Zusammenlegung im Vordergrund. Der Stadtrat ist bereit, den Vorstoss mit folgender Anpassung entgegenzunehmen: Statt einer Zusammenlegung soll der Stadtrat geeignete Formen der Zusammenarbeit prüfen.

Zu den Inhalten: Um es gleich vorwegzunehmen, so schlank, wie sich die Postulanten eine nachhaltige Finanzierung der Staats- und Stadtfinanzen vorstellen, wird jene Übung nicht über die Bühne gehen, dafür sind die Synergiemöglichkeiten schlicht zu gering und die Ablieferungs- oder Dividendenerwartungen zu unterschiedlich. Wir sprechen von einer Differenz beim Kanton von CHF 40-50 Mio., bei der Stadt ist es deutlich weniger. Um zu verdeutlichen, was damit gemeint ist, zitiere ich wiederum den Energiedirektor aus der Berichterstattung der Schaffhauser Nachrichten vom 11. Juni 2013. Dort lässt er klar durchblicken, dass die kantonale Beteiligung an der Axpo von einer Cashcow zu einem Risikofaktor geworden ist. Dies hat einerseits mit der sich stark verändernden Energielandschaft in der Folge der Energiewende, aber auch mit den unterdotierten Entsorgungsfonds für die nuklearen Abfälle zu tun, die allen Überlandwerken oder ihren Besitzern, den Kantonen, gewaltige Nachzahlungspflichten auferlegen könnten. Es ist klar, dass das mit der Axpo eng verbundene EKS nicht völlig von diesen Risiken entbunden ist und die Rentabilität des EKS, das ein reiner Stromverteiler mit zwischenzeitlich regulierten Gewinnen ist, bei weitem nicht mehr an die Traumresultate der Vergangenheit wird anknüpfen können. Als Verbundwerk in den Bereichen Strom, Gas und Wasser und Mehrheits- oder Grossaktionärin an der Kraftwerk Schaffhausen AG, an der Etawatt AG und an der SASAG AG weisen die Städtischen Werke ein im Vergleich wesentlich breiter abgestütztes Angebots- und Beteiligungsportfolio aus, von dem Sie und die Stadt Schaffhausen regelmässig finanziell profitieren. Die Ablieferungen der Städtischen Werke, die wohlverstanden einer vom Grossen Stadtrat vorgegebenen Formel folgen, sprechen davon eine deutliche Sprache. Die garantierten Ablieferungen der Städtischen Werke haben sich alleine zwischen 2009 und 2013 von CHF 1.1 Mio. auf CHF 4 Mio. erhöht, was dem SLA-Leistungsauftrag entspricht, den wir den Städtischen Werken gegeben haben.

Es ist deshalb richtig und wichtig, dass als einer der Eckpfeiler in der ganzen Synergiediskussion nicht vergessen wird, nämlich, dass es keine Verlierer in einem möglichen neuen Szenario geben darf, und dies - und das sage ich Ihnen hier

deutlich - gilt wegen der hervorragenden Ausgangslage für die Städtischen Werke erst recht. Für uns kann deshalb nur gelten, dass Synergiegewinne ausschliesslich zu Gunsten von beiden Ist-Szenarien verwendet werden können.

Damit zu zwei weiteren Themen, die eine schrittweise Annäherung als einzig vernünftigen Weg vorgeben. Ich spreche von den unterschiedlichen Eigentümer- und Geschäftsstrategien sowie den wenig kompatiblen Rechtsformen, die nicht so identisch, wie von Nihat Tektas ausgeführt, sind. Auf die nicht kompatiblen Rechtsformen der beiden Unternehmen komme ich noch zu sprechen.

Unterschiedliche Strategien:

Die StWSN als Verbundunternehmen mit eigener Stromproduktion: Als Querverbundunternehmen verstehen sich die StWSN als Anbieter von Strom, Gas und Wasser und fahren auch ein entsprechendes Marketing. Mit dem eigenen, soeben total sanierten Kraftwerk produzieren wir ausserdem ein wertvolles Produkt in clean-solution-Qualität. Dieser "Rundum-Service" im Energiebereich und die zukunftsweisende Stromproduktion gibt Kundennähe und soll gerade auch im liberalisierten Markt nicht verloren werden. Darüber hinaus profitieren wir gerade im Verbundbereich von den in der Swispower AG - dem Netzwerk der Stadtwerke - gepoolten Kompetenzen. Ein Aufbrechen dieser Plattform und der Synergien kommt für den Stadtrat nicht in Frage.

Die Kantonswerke als Verbündete der von den Kantonen beherrschten Überlandwerke: Das EKS ist wie die meisten Kantonswerke primär als Stromverteiler tätig. In diesem liberalisierten und gleichzeitig stark regulierten Markt werden in Zukunft mit Sicherheit weniger Gewinne möglich sein. Durch die Anlehnung an die Axpo ist das EKS ausserdem in der Beschaffung limitiert. Möglichkeiten in der Zusammenarbeit sehen wir aber in den Bereichen Service und Vertrieb, die vertieft untersucht werden sollen.

Zusammenlegungen/Fusionen sind in anderen Kantonen kein Thema: Der Stadtrat steht, wie die Verwaltungskommission der Städtischen Werke, einer Annäherung der StWSN mit dem EKS grundsätzlich offen gegenüber. Dabei ist für alle Beteiligten unbestritten, dass wir Neuland betreten müssen, denn es gibt in der ganzen Schweiz kein vergleichbares Modell.

In einem ersten Schritt werden aus heutiger Sicht folgende Schritte geprüft, die auch mit der Absichtserklärung von Regierungsrat Dr. Reto Dubach anlässlich der Debatte um die Vorlage des Regierungsrats zum Atomausstieg im Kantonsrat übereinstimmen

1. Contracting aus einer Hand und gemeinsamer Betrieb von erneuerbaren Energieerzeugungsanlagen. In diesen beiden Bereichen treffen wir uns mit Nihat Tektas.
2. Prüfung von Synergien im Vertrieb und Service

Diese Gespräche laufen, und wir gehen davon aus, dass ein erfolgreicher Verlauf die Türen für weitere Synergien öffnen würde. Allerdings sollten in dieser Annäherungsphase keine Fait accompli durch parallele Projekte geschaffen werden. Dazu kann ich mir folgende Bemerkung nicht verkneifen: Die geplante Grossinvestition des EKS in Neuhausen am Rheinfall mit einer Wärme- und Gasschiene spricht in diesem Kontext leider eine andere Sprache und spielt eher auf

Konkurrenz als auf vertrauensvolle Zusammenarbeit.

Erlauben Sie mir folgende Bemerkungen zum Thema Rechtsform:

Die Verselbständigung der StWSN wurde am 2. Juni 2002 von der städtischen Stimmbevölkerung klar abgelehnt. Die Grundversorgung will man - wie andernorts auch - offenbar im Besitz der öffentlichen Hand behalten und in der Zuständigkeit der demokratisch gewählten Organe wissen. Daran kann nicht gerüttelt werden, und eine Zusammenarbeit muss diese unterschiedlichen Rechtsformen und die damit verbundenen, variierenden Kompetenzen respektieren. Sie denken jetzt vielleicht, dies sei ja einfach. Im Gespräch mit Thomas Erb zeigte sich aber immer wieder, dass er über grosse Entscheidungsfreiheiten verfügt. Wenn ich die bestehenden Kompetenzen ritze, muss ich zuerst mit dem Parlament sprechen. Aus diesem Grund ist eine Zusammenarbeitsformel nicht einfach. Mit der Postulatsformel der unveränderten Eigentümerverhältnisse wird diesem Umstand zum Glück Rechnung getragen, sie macht jedoch das zu entwickelnde Modell, an dem wir bereits schrittweise arbeiten, ziemlich komplex; dies zeigt sich nicht zuletzt auch bei der Zusammenlegung der Busunternehmen.

Zum Schluss weisen wir noch einmal darauf hin, dass wir bereit sind, das Postulat zu übernehmen und im Sinne unserer Ausführungen anzugehen: Statt einer Zusammenlegung soll der Stadtrat geeignete Formen der Zusammenarbeit prüfen. Wir gehen davon aus, dass ein längerer Weg vor uns liegt, der über vertrauensbildende Schritte und Massnahmen erfolgreich gestaltet werden soll. Dazu leisten wir gerne unseren Beitrag und erhalten auch vom zuständigen Energiedirektor ermutigende Signale. Ich habe ein gutes Verhältnis mit Regierungsrat Dr. Reto Dubach, ganz im Gegensatz zu den Zeiten, als beide Unternehmen noch in freisinnigen Händen waren - dies als ironisierende Bemerkung. Wir versprechen gleichzeitig, dass wir mit dem grössten Aktivposten der Stadt, den StWSN und ihren Beteiligungen sehr sorgfältig und im Interesse der Eigentümerin, der städtischen Bevölkerung nämlich, umgehen werden. So schnell gebe ich diesen Aktivposten - in welcher Form auch immer - nicht her. "

Dr. Katrin Bernath (OeBS)

OeBS/CVP/EVP-Fraktionserklärung

"Die OeBS/CVP/EVP-Fraktion hat das Postulat ausführlich diskutiert. Dass Synergien genutzt werden sollen, wird sicherlich von niemandem bestritten. Der vorliegende Vorstoss ist aus unserer Sicht jedoch nicht zu Ende gedacht, da er die bisherige Zusammenarbeit mit verschiedenen Partnern und wichtige Aufgabenbereiche der Städtischen Werke ausklammert. Zudem wäre eine Zusammenlegung der Unternehmen nur mit einer Änderung der Rechtsform möglich; der Einfluss der Stadt würde geschmälert.

Das Postulat steht unter dem Titel „Schaffhauser Stromerzeugung aus einer Hand“. Dieser Titel weist darauf hin, dass die geforderte Zusammenlegung die heutigen Aufgaben und Tätigkeiten der Städtischen Werke (StWSN) und des Elektrizitätswerks des Kantons Schaffhausen (EKS) ungenügend berücksichtigt. Die Stromerzeugung ist nur eines von verschiedenen Geschäftsfeldern der Städtischen Werke: Erstens umfasst die Stromversorgung neben der Erzeugung auch Handel, Vertrieb, Stromnetze und so weiter, und zweitens besteht schon eine intensive Zusammenarbeit mit verschiedenen Partnern. Zweitens gehören auch die Gas- und Wasserversorgung zu den Aufgaben der Städtischen Werke.

Auf diese beiden Punkte möchte ich detaillierter eingehen:

1. Die Zusammenarbeit mit geeigneten Partnern ist, wie in der Begründung des Postulats aufgeführt, bei der aktuellen Neuausrichtung der Energieversorgung sicher wichtig. Die Städtischen Werke wie auch das EKS arbeiten bereits heute mit verschiedenen Partnern zusammen. Bei den Städtischen Werken steht die Zusammenarbeit mit anderen Stadtwerken im Rahmen der Swissspower AG im Vordergrund, beispielsweise bei der Entwicklung von Energiedienstleistungen. Für die EKS ist die Zusammenarbeit mit der Axpo wichtig, die den Strom liefert, der von der EKS verkauft wird.

Auch ein fusioniertes Schaffhauser Elektrizitätswerk wäre ein kleiner Player am Strommarkt, und diese Partnerschaften sind wichtig für die Positionierung bei der Strommarktöffnung. Sie bestehen aber schon heute, und die Zusammenlegung ist keine notwendige Voraussetzung für die Zusammenarbeit mit verschiedenen Partnern. Im Gegenteil: Es stellt sich sogar die Frage, ob die Zusammenarbeit mit Swissspower noch möglich wäre, da es sich dabei um einen Zusammenschluss der Stadtwerke handelt.

2. Strom, Gas und Wasser aus einer Hand schafft viele Synergien, die auf keinen Fall aufgegeben werden dürfen. Neben den zahlreichen Schnittstellen bei Unterhalt und Erneuerung des Leitungssystems sind auch die Wechselwirkungen zwischen verschiedenen Energieträgern wie Strom und Gas zu nennen, die angesichts der aktuellen Herausforderungen der Energiepolitik und -märkte an Bedeutung gewinnen.

Damit bisherige Synergien zwischen Strom-, Gas- und Wasserversorgung weiterhin genutzt werden können, sind alle diese Leistungen durch den gleichen Betrieb zu erbringen.

Als Konsequenz daraus sollte ein Betrieb für die Strom-, Gas- und Wasserversorgung im ganzen Kanton zuständig sein. Da die Städtischen Werke bisher in allen drei Gebieten tätig sind, wären sie prädestiniert dafür. Dieser Denkanstoss zu „Strom, Gas und Wasser im ganzen Kanton aus einer Hand“ wirft aber viele Fragen auf, wie beispielsweise zur Übernahme der gesamten Infrastruktur.

Vielleicht sind solche Fragen in naher Zukunft zu klären, wenn Stadt und Land nicht nur Hand in Hand gehen, sondern sich das Modell „Ein Kanton – eine Verwaltung“ durchsetzen sollte. Auf jeden Fall freuen wir uns, wenn sich alle die Hände reichen, dann ist es auch weniger wichtig, ob die Stromversorgung aus einer oder aus zwei Händen kommt.

Schliesslich möchte ich noch darauf hinweisen, dass es auch heute schon zwischen den beiden Werken eine Zusammenarbeit in verschiedenen Bereichen gibt, die weiter ausgebaut werden soll, wie das Windenergieprojekt Chroobach als aktuelles Beispiel zeigt. Gerade bei der Stromerzeugung ist eine verstärkte Zusammenarbeit gut und wichtig. Dies ist jedoch im Rahmen einer gemeinsamen Betreiber-gesellschaft möglich und erfordert keine Zusammenlegung.

Aufgrund dieser Überlegungen unterstützen wir jegliche Bestrebungen für eine verstärkte Zusammenarbeit, aber nicht die vorgeschlagene Zusammenlegung.

Die **OeBS/CVP/EVP-Fraktion** wird daher das Postulat nicht unterstützen. Anders würde es aussehen, wenn im ersten Satz des Postulates statt der Zusammenlegung

die verstärkte Zusammenarbeit gefordert würde. “

Patrik Simmler (Juso)

SP/Juso-Fraktionserklärung

”Die **SP/Juso-Fraktion** lehnt eine Fusion der Städtischen Werke mit dem EKS entschieden ab, und zwar hauptsächlich aus folgenden drei Gründen:

1. Die Zusammenlegung dieser beiden Werke hätte - unseren Juristen gemäss - implizit die Änderung zur Rechtsform der Aktiengesellschaft zur Folge. Dies ist für uns nicht tragbar und entspräche sicherlich auch nicht dem Willen der Schaffhauserinnen und Schaffhauser. Die Städtischen Werke als Querverbandsunternehmen bewirtschaften mit den Leitungsnetzen und der Wasserversorgung wichtigste Monopole, welche, so sind wir überzeugt, der öffentlichen Kontrolle unterliegen müssen. Der letzte Versuch, eine Verselbständigung zu erwirken, wurde mit einer klaren Mehrheit von 65% abgelehnt. Die Schaffhauser haben viele Eigenschaften, aber Wankelmut ist sicher keine von diesen. Deshalb nehmen wir an, mit einer Ablehnung dieser Vorlage den Volkswillen zu vertreten.
2. Mit der jetzigen Organisationsstruktur haben wir volles Mitspracherecht über die Städtischen Werke. Die Zusammenführung mit dem EKS würde unseren Einfluss schmälern und unsere Gestaltungsmöglichkeiten massiv einschränken. Die demokratische Mitsprache würde auf die Ausübung von Aktionärsrechten und auf wenige weitere Entscheidungen minimiert. Gerade in Zeiten, wo wir uns mit energietechnischen und ökologischen Fragen, zum Beispiel der 2000-Watt Vorlage, auseinandersetzen, wäre dies besonders negativ zu bewerten.
3. Warum die Gans schlachten, die goldene Eier legt? In den Städtischen Werken steckt ein Volksvermögen im dreistelligen Millionenbereich; zudem wird Jahr für Jahr ein Gewinn von mehreren Millionen erwirtschaftet. Effizienz und Qualität sind eben auch in der öffentlichen Hand möglich, wie die Werke in ihrer heutigen Organisationsform eindrücklich beweisen.

Einer sinnvollen Zusammenarbeit mit dem EKS stehen wir nicht im Wege, eine Zusammenlegung können wir aber nicht akzeptieren. “

Martin Jung (AL)

AL-Fraktionserklärung

”Die Städtischen Werke und das EKS passen nicht zusammen. Die Werke sind eine Verwaltungsabteilung, die auf den Gebieten Strom auch Stromerzeugung, Gas und Wasser tätig ist. Das EKS ist eine Aktiengesellschaft und hauptsächlich in der Stromverteilung tätig. Die Diskussion in der SPK zur Fusion der städtischen und kantonalen Verkehrsbetriebe hat gezeigt, dass es sehr schwierig ist, eine Rechtsform mit mehreren Eigentümern zu finden, welche die demokratischen Mitbestimmungsmöglichkeiten für die Stadt sicherstellt.

Eine Aktiengesellschaft (AG) kann zwar mehrere Eigentümer haben, aber die Stadt gäbe die demokratische Kontrolle weitgehend aus der Hand. Dass mit der Axpo ein Unternehmen Miteigentümer wäre, auf das die Schaffhauser Politik, auch die kantonale Politik, kaum Einfluss hat, macht die Situation gewiss nicht einfacher. Zudem hat sich das Volk bereits gegen die Umwandlung der Werke in eine AG ausgesprochen.

Rechtsformen, die im Gegensatz zur herkömmlichen AG der Politik erlauben, zumindest Rahmenbedingungen für ein zusammengelegtes Unternehmen zu setzen, leiden unter dem Problem, dass diese demokratischen Mitbestimmungsrechte sinnvollerweise nur auf einer politischen Ebene angesiedelt werden können. Als übergeordnete Politikebene würde es sich der Kanton wohl kaum nehmen lassen, diese Rechte bei sich zu behalten. Während es denkbar ist, das relativ überschaubare Unternehmen RVSH abzuwickeln, die AG aufzulösen und in eine andere Organisationsform einzubringen, wäre ein solches Vorhaben beim EKS wohl ungleich komplizierter und würde beim Kanton kaum auf Zustimmung stossen. Dem entspricht auch die Tatsache, dass die einzige Form umfassender Zusammenarbeit, an welcher der Kanton bisher Interesse zeigte, eine Übernahme der Städtischen Werke ist.

Die Städtischen Werke sollen unserer Meinung nach weiterhin offen für eine Zusammenarbeit mit dem Kanton bleiben - dort, wo man im gleichen Gebiet tätig ist und wo eine Zusammenarbeit beiden Seiten einen Nutzen bringt. Die Rechtsform der Werke muss dafür nicht angerührt werden. In einer Zusammenlegung von Werken und EKS sehen wir nur Nachteile für die Stadt und den Bürger.

Die **AL-Fraktion** lehnt dieses Postulat ab. “

Walter Hotz (SVP)

SVP/EDU-Fraktionserklärung

”Grossstadtrat Tektas und Mitunterzeichner stellen den Antrag in ihrem Postulat, dass der Stadtrat zusammen mit dem Regierungsrat prüfen soll, die Städtischen Werke sowie das EKS des Kantons Schaffhausen zusammenzulegen – das heisst zu fusionieren, um dann im letzten Abschnitt zu schreiben – unter Beibehaltung der Eigentumsverhältnisse. Was wollen Sie jetzt? Die Schaffhauser Stromerzeugung aus einer Hand – wie es im Titel steht - oder eben nur eine Zusammenführung verschiedener Organisation beziehungsweise Betriebszweige?

Die politische Strategie dieses Vorstosses lautet “Vorwärts in die Vergangenheit”. Beim EWS und beim EKS könnte man meinen, es handle sich um zwei gleichgelagerte Unternehmen, unabhängig von der rechtlichen Ausgestaltung der Unternehmen. Hier entstehen bereits die ersten Probleme einer Zusammenlegung von den jeweiligen Betriebsführungen in eine Betriebsorganisation. Es hat sich nämlich gezeigt, dass sowohl der Stadtrat als auch der Regierungsrat nicht fähig sind, in einem zeitlich vernünftigen Rahmen eine allfällige Zusammenlegung von Betrieben durchzuführen. Ich erinnere an die leidige Geschichte der Zusammenlegung der beiden Werkhöfe. Über diese Fusion wird nun bereits seit 10 Jahren beraten. Von den Hunderttausenden von Beratungskosten wollen wir gar nicht sprechen.

Aber es handelt sich bei diesen beiden Betrieben nicht um gleiche Betriebe: Auf der einen Seite haben wir das EWS, das Strom und im weitesten Sinne auch Wasser produziert und mit Gas handelt. Auf der anderen Seite haben wir einen Betrieb des Kantons Schaffhausen, der nur mit Strom handelt und der in gewisser Weise hinsichtlich Leitbild und Verkauf abhängig von den Befehlen der Axpo ist. Es handelt sich hier also um zwei ganz unterschiedliche Betriebe. Dies wurde bereits im Sommer 2002 erkannt, als ein externer Unternehmensberater damals mit dem damaligen Staatsschreiber Dr. Reto Dubach mögliche Optionen der Effizienz, der Synergiepotentiale und der verstärkten Ertragskraft der beiden Werke untersucht hatte. Das seinerzeitige Fazit: Der Stadtrat hält an einer umfassenden

Selbstbehauptung im Bereich der Werke fest. Hier kann man nur sagen: Bravo. Das war 2002, vor ungefähr 11 Jahren.

Im Jahr 2004 wurde seitens des Kantonsrates wiederum ein Vorstoss mit dem Titel „Verkauf des Kantonsanteils an der Kraftwerk Schaffhausen AG an die Stadt Schaffhausen“ eingereicht, den der Regierungsrat entschieden ablehnte. Eine Motion von FDP-Seite, welche die Übernahme des städtischen Elektrizitätsnetzes durch den Kanton forderte, veranlasste den Stadtrat zu einer negativen Antwort, die es an Deutlichkeit nicht vermissen liess. Es ist seinerzeit klar und deutlich vom Stimmvolk am 2. Juni 2002 zum Ausdruck gebracht worden, dass die Städtischen Werke öffentlich-rechtlich bleiben und nicht aus der Hand gegeben werden sollen. Im Juni 2004 hat eine Delegation zwischen Stadt und Kanton vereinbart, zu prüfen, ob eine Zusammenarbeit der beiden Werke auf partnerschaftlicher Weise über den Weg von Zusammenarbeitsvereinbarungen im Bereich der Elektrizität überhaupt möglich wäre. 2006 konnte man in den Schaffhauser Nachrichten wie folgt lesen: „Die Bilanz fällt zwiespältig aus“. Kanton und Stadt haben herausgefunden, dass die Möglichkeit zur Zusammenarbeit zwischen dem EKS und den Städtischen Werken Schaffhausen beschränkt ist.

Dieser Vorstoss ist abzulehnen, auch wenn Sie ihn noch abschwächen wollen, weil er trotzdem zu nichts führen würde. Es muss doch etwas bringen, wenn Abteilungen zusammengelegt werden. Hier sind Sie bereits schon wieder mutlos, weil Sie auf keinen Fall Mitarbeiter entlassen, sondern dies über normale Fluktuationen regeln wollen. Bei Fusionen oder Zusammenlegungen gibt es immer Gewinner und Verlierer und nur den einen Weg, nämlich Entlassungen, sonst werden nie Kosten eingespart. Das ist der Lauf der Zeit, leider. Wir von der SVP lehnen diesen Vorstoss ab.

Zur von Stadtpräsident Thomas Feurer erwähnten Hoffnung, die er sich zusammen mit dem Baudirektor Dr. Reto Dubach macht, der ja im Verwaltungsrat der Axpo Einsitz nimmt: Ich bitte Sie, das Protokoll der erwähnten Sitzung zu lesen. Dort hat Regierungsrat Dubach als Verwaltungsratsmitglied über seine Firma mehr als fragwürdig gesprochen. Wäre ich Verwaltungspräsident, würde ich mir diese Person vorknöpfen und sie fragen, welches denn nun ihre Idee eines Verwaltungsrats sei. Hinzu kommt, dass die Städtischen Werke beziehungsweise der Säckelmeister der Stadt daran interessiert sind, dass möglichst viel Geld in die Stadtkasse fliesst, und der Kanton will ebenfalls möglichst viel Geld vom EKS. Jetzt müssen Sie mir einmal aufzeigen, wie dies aufgeteilt werden soll. Dies ist doch ein Ding der Unmöglichkeit. Entweder wird fusioniert oder jeder geht seinen eigenen Weg. Würde die Stadt das EKS kaufen, sähe die ganze Angelegenheit natürlich anders aus. Aber wir haben einen ausgezeichneten Betrieb, der Strom produziert, während das EKS ein reiner „Händler“ ist.

Was wir aber wirklich brauchen, ist mehr Transparenz, wie dies GPK-Mitglied Daniel Preisig in seinem Votum zur Rechnung 2012 verlangte. In seinem Votum nannte er unter anderem 10 Kostentreiber, einer davon hatte den Titel „Mangelnde Transparenz bei Betrieben und WoV-Dienststellen“. Hier müssen wir den Hebel ansetzen, insbesondere muss hier die GPK agieren.

Die **SVP/EDU-Fraktion** wird das Postulat nicht unterstützen. Ich empfehle Ihnen die Umwandlung in eine Interpellation, und wir haben mindestens über das Thema diskutiert. Sie haben es gehört, eine Zusammenarbeit ist ja im Gange; die Philosophie der Städtischen Werke und des EKS sind sehr unterschiedlich. “

Urs Tanner (SP)**Votum**

"Was Walter Hotz in seiner Altersradikalität gedacht und gesagt hat, hat mich erstaunt, und ich gratuliere ihm zu seinen Schlussfolgerungen. Allerdings verstehe ich als verletzte rechte Seele nicht ganz, warum er und die ganze SVP eine Art Zusammenarbeitsverweigerung machen. Aber dies müssen Sie in Ihrer Familie regeln.

Laut denken, leise denken oder gar nicht denken - ich gehe davon aus, dass die hier Anwesenden - sofern nicht gerade im Internet abwesend - denken können. Leute, die denken, dürfen durchaus auch einmal laut denken, vor allem, wenn sie so schlau sind wie unser Säckelmeister. Lieber Nihat Tektas, Sie sind Jurist, und dies merkt man, auch wenn Sie über die Rechtsform fast gar nichts sagen und dieses Thema Stadtpräsident Marcel Wenger - entschuldigen Sie, ich war bei den alten Ratsprotokollen - Thomas Feurer überlassen haben. Der Postulant hat uns ein Land geschildert, ohne dessen Namen zu nennen, sozusagen ein trojanische Pferd geschildert, ohne zu sagen, dass es ein solches ist.

Logischerweise unterstützt die SP/AL-Juso den Input einer verbesserten Zusammenarbeit und, Kollege Patrik Simmler hat es bereits gesagt, an der Rechtsform wird nicht gerüttelt. Die damalige Vorlage hat das Volk "bachab" geschickt und die rote Karte gezogen, obwohl im Rat - er war damals noch 50-ig köpfig, jetzt ist er dank der FDP verkleinert - die Vorlage der Verselbstständigung mit 37:8 Stimmen gut geheissen wurde. Walter Hotz gehörte damals zu den Befürwortern. Jetzt mit einer AG nochmals in die Volksabstimmung zu gehen, wäre dasselbe wie die unveränderte Rhybadi-Vorlage nächstes Jahr nochmals zu bringen. Dafür gibt es ein Nomen: Zwängerei.

Seien Sie ehrlich Herr Tektas, Ihre Forderung ist nur zu erfüllen, wenn die Städtischen Werke in das von Ihnen herbeigesehnte Kleid der AG schlüpfen - auch wenn Sie es nicht direkt sagen. Handball spielen können Sie mit einem Handball, nicht aber mit einem Fussball. Was Sie wollen, nämlich eine Zusammenlegung der Eigentumsverhältnisse, ist doch eine AG nach Obligationenrecht. Dies wissen die "alten Häsinnen und Hasen" noch; in der alten Vorlage aus dem Jahr 2001 wurde dieses Thema seitenweise abgehandelt. Es ist und bleibt ein historischer und juristischer Irrtum - dies haben die letzten 10 Jahre bewiesen. Wenn Sie das Protokoll vom 19. Februar 2002 lesen, sehen Sie, dass sich die Befürworter damals fundamental irrten. Der damalige Stadtpräsident Marcel Wenger sagte 2002: *Wenn es uns nicht gelingt, diese Rechtsformänderung durch zu bringen, werden wir gegenüber der EKS AG ins Hintertreffen kommen. Jedes Mal, wenn ich mit dem EKS über eine Allianz spreche, dann sagt man mir: Ihr seid ja in der Stadt noch gar nicht verselbständigt, ihr seid gar keine ernst zu nehmende Gesprächspartner.*

Diese Aussage hat sich nicht bewahrheitet, das Resultat wurde mustergültig umgesetzt. Dies ist auch im Parlament akzeptiert, und wer es heute noch nicht glaubt, soll leise denken und nicht reden. Ich zitiere in der Folge noch Roland Schöttle: *Ein Nein wäre verhängnisvoll für unsere Stadt und damit für uns alle. Wir würden aus dem verweigerten Schritt nach vorwärts nicht nur an Ort stehen bleiben, sondern in Relation zur vorwärts schreitenden Entwicklung um uns herum, sehr schnell in einen Rückschritt verfallen, den wir ja alle nicht wollen.*

Auch dies stimmt nicht. Haben wir Marktanteil verloren oder Umsatz, Gewinn oder Kunden? Warum soll ich eine erfolgreiche fette Kuh schlachten, die dem Volk solche Erträge liefert? Der Stadtpräsident hat es Ihnen vorgerechnet, wir stehen heute bei

CHF 4 Mio. Erträge.

Wir lehnen das Originalpostulat, das nur mit einer Rechtsformänderung ginge, ab und stimmen einem Prüfungsauftrag unter Beibehaltung der jetzigen Rechtsform, wie von Stadtpräsident Feurer, von der OeBS/CVP/EVP-Fraktion und von unserer Fraktion formuliert, zu. Sie haben die Chance, lieber Postulant, ein historisches Resultat mit einer tollen Mehrheit zu erzielen, wenn Sie den Vorstoss in diesem Sinne abändern. Da Sie klug sind und Dinge verschweigen, die man nicht sagen soll sowie laut und gut reden und denken können, habe ich eigentlich keine Angst, dass Sie Ihr Postulat nicht in eine Interpellation umwandeln werden. “

Martin Egger (FDP)

Votum

”Ich stelle fest, dass sich hier im Ratssaal alle darauf eingeschossen haben, dass wir mit unserem Vorstoss davon ausgehen, dass das EKS die Städtischen Werke übernimmt. Davon steht nichts im Vorstoss. Es zeugt aber von reiner Interpretation und von einer tiefsitzenden Blockade, wenn es um das Thema EKS und Städtische Werke geht. Urs Tanner hat den Beweis geliefert, indem er den aktuellen Stadtpräsidenten mit Marcel Wenger angesprochen hat. Ich bitte Sie um mehr Offenheit gegenüber dieser Thematik. Nihat Tektas hat bereits signalisiert, dass wir dem Änderungsvorschlag des Stadtrats zustimmen.

Ich möchte noch folgenden Hinweis geben: Die Bevölkerung, für die wir uns in diesem Rat engagieren, hat in einer Umfrage der Schaffhauser Nachrichten zum Thema Zusammenlegung EKS/Städtische Werke festgestellt, dass 63% demgegenüber offen sind. Ich bitte Sie, dem abgeänderten Prüfungsauftrag zuzustimmen - diese Bitte richte ich auch an die SVP/EDU-Fraktion. “

Stadtpräsident Thomas Feurer

Votum

”Ich bin froh, wenn ich nicht mehr politisch argumentieren muss und versichere Ihnen an dieser Stelle, dass wir dort, wo es Sinn macht, eine Zusammenarbeit suchen. Hier haben wir in der Vergangenheit nicht immer einfache Erfahrungen mit meinem Namensvetter Thomas beim EKS gemacht, und wir hoffen jetzt auf eine Verbesserung der Situation.

Betreffend Marcel möchte ich bemerken, dass er auch eine gewisse Zeit als Hirsch herumspringen konnte und erst nach einer Weile durch Thomas abgelöst wurde. Ich versichere Ihnen an dieser Stelle nochmals, dass wir sinnvolle Zusammenarbeitsmodelle suchen und diese umzusetzen wissen, vor allem im Bereich Contracting. Wir sind nicht der Meinung, dass es sinnvoll sei, wenn das EKS parallel zu den Städtischen Werken eine Etawatt-ähnliche Struktur aufbaut, und wir uns die Contracting-Kunden auf dem Platz Schaffhausen in Konkurrenz zum EKS, zum EWZ und allen anderen - auch zur Axpo - gegenseitig “abjagen”. Auch schon dort sind wir nicht sofort zum Ziel gelangt.

Eher offen und erfolgreich sind wir mit dem Thema erneuerbare Energieerzeugungsanlagen, Stichwort Windkraftanlagen. Dort ist die Tür auch in den Köpfen sehr offen. Diesen Weg müssen wir schrittweise weiter beschreiten. Die Möglichkeiten in den Bereichen Service und Betrieb nehmen wir zu einem späteren Zeitpunkt in Angriff. Meine Erfahrungen zeigen ebenfalls, dass es - wie bereits von Walter Hotz erwähnt - keine Zusammenlegung oder Fusion gibt ohne jemanden, der den anderen übernimmt. Fusionen finden nicht auf Augenhöhe statt, es gibt nur die

Version, dass der eine den anderen frisst. Gefressen werden wollen wir nicht, sondern mit unseren Partnern auf Augenhöhe in den Bereichen verhandeln, wo es auch Sinn macht. “

Nihat Tektas (FDP)

Schlusswort

”Die Diskussion ist grundsätzlich so verlaufen, wie ich befürchtet habe. Die Probleme, auch diejenigen, die sich jetzt noch nicht stellen, und die Unsicherheiten wurden in den Vordergrund gerückt, Stichwort Rechtsform. Ich habe klar Stellung genommen und deutlich gewisse Sachen ausgeschlossen. Aber mir wurde trotzdem Verschiedenes unterstellt - aber so ist es in der Politik, damit muss man leben.

Zu den einzelnen Voten habe ich folgende Stichworte notiert:

Zu Stadtpräsident Thomas Feurer: Dass Gespräche am Laufen sind und weiterhin laufen werden, nehme ich positiv und mit Freude zur Kenntnis. Dies weiss ich zu schätzen. Allenfalls können in einzelnen Bereichen - auf die ich noch zu sprechen komme - intensiviertere Gespräche aufgenommen werden.

Betreffend des Vorwurfs, nichts zum Thema Gas und Wasser erwähnt zu haben: Ja, dies habe ich bewusst nicht erwähnt, weil ich es nicht in den Vordergrund stellen wollte. Es geht mir nur um den Strom und die Elektrizität. Ich persönlich sehe die Stadt als Vorreiterin in diesem Zukunftsbereich, das heisst die Städtischen Werke als Infrastrukturdienstleister. Wir haben verschiedene Bedürfnisse, die Grundversorgung stammt aus einer Hand. Hier könnte das EKS dazu lernen. Warum kann man nicht gemeinsam dazu lernen? Das ist meine persönliche Meinung.

Ich wollte mit meinem Vorstoss eine Diskussion dazu anregen - aber nein, es wird umgeschwenkt auf die Themen Gas und Wasser und darauf, was alles sonst noch nicht geht. Vereinfacht dargestellt: Ich habe die Gemeinsamkeiten erwähnt, Sie haben die Unterschiede betont. In einem gemeinsamen Betrieb könnte man sich ja auch gegenseitig ergänzen - das wäre eine Chance aus Sicht des EKS.

Gefehlt haben mir in den Ausführungen von Stadtpräsident Thomas Feurer konkrete Aussagen betreffend Werbung/Marketing/Dienstleistungen im weiteren Sinn. Ich hatte zu diesem Bereich konkrete Beispiele erwähnt, die nicht nur hier im Ratssaal interessant sind, sondern auch von der Bevölkerung wahrgenommen werden. Wir haben das Wort Pipifax gehört: Beispielsweise an einer Herbstmesse zwei verschiedene Stände zu führen, obwohl dabei nicht viel heraus schauen kann. Die Aufgabe ist klar definiert. Es geht darum, die Bevölkerung von Stadt und Kanton im Bereich alternative Energien zu sensibilisieren, diese zu fördern und auf spielerische Art und Weise darzulegen, wie Elektrizität funktioniert und wie man im Alltag sparen kann. Hier fehlt mir das Commitment seitens des Stadtrats, ob dieser Bereich bei einer zukünftigen Zusammenarbeit allenfalls auch thematisiert werden könnte.

Zur Rechtsform habe ich nichts gesagt - diesen nicht einfachen Auftrag habe ich deshalb ja auch dem Stadtrat überwiesen. Natürlich weiss ich, dass es hier sorgfältiger Abklärungen bedarf (Stichwort VBSH wurde bereits auch erwähnt). Es müssen Gespräche geführt werden; dazu möchte ich Ihnen meine vorherigen Aussagen in Erinnerung rufen.

Zur SP/AL: Es wurde immer wieder die Abstimmung des Jahres 2002 zur Umwandlung in eine AG erwähnt. Ich kann nur erneut festhalten, was ich in der az

zum Thema gesagt habe. Es ist nicht dasselbe, wir sprechen nicht vom Gleichen. Sie kommen zwar zum gleichen Schluss, aber in Kombination mit Ihrer Unterstellung. Seit dieser Vorlage sind 10 Jahre und Fukushima vergangen. In jedem zweiten Satz höre ich von Ihnen ebenfalls, dass sich die Energiepolitik geändert habe, und etwas von grosser Tragweite passiert sei. Wieso kann denn jetzt die Bevölkerung nicht erneut zum Thema befragt werden?

Zu Walter Hotz: Er sagte, es sei ein Schritt vorwärts in die Vergangenheit. Wir haben offensichtlich die gleiche Diskussion schon vor fast 50 Jahren geführt und sind nicht weiter gekommen. Ich sage an dieser Stelle etwas sehr Undiplomatisches zum Thema Dauer: Der Direktor des EKS hat gekündigt, der Leiter der Städtischen Werke geht voraussichtlich in einigen Jahren in Pension, und es könnte ja durchaus sein, dass in einigen Jahren die Diskussion anders verlaufen wird.

Was mich am meisten überraschte, war das Zitat des externen Gutachtens und der Exekutivmitglieder von Walter Hotz, und dass er diesen sogar Glauben schenkt. Ich nehme dies wohlwollend zur Kenntnis für zukünftige Vorstösse, die wir vielleicht gemeinsam behandeln werden.

Was die übrigen Vorstösse angeht, so bringe ich diese nicht in Zusammenhang mit meinem Postulat.

Abschliessend zum Kompromissvorschlag: Ich bin zwar kein Mathematiker, kann aber trotzdem rechnen. Erlauben Sie mir eine Klammerbemerkung zur Aussage: Eine vertiefte Zusammenarbeit ist eine Daueraufgabe. Heute Nachmittag beim Recherchieren habe ich bemerkt, was mit Daueraufgaben passiert, sie gehen nämlich vergessen. Deshalb würde ich sagen: Lieber den Spatz in der Hand als die ominöse Taube auf dem Dach.

Die **FDP/JFSH-Fraktion** nickt zum Kompromissvorschlag. “

Stadtpräsident Thomas Feurer

Votum

”Ich möchte kurz Stellung nehmen zum Votum betreffend Zusammenarbeit mit dem EKS und den erwähnten zwei Ständen an der Herbstmesse: Gerade weil wir uns verstehen, haben wir das EKS am Partnerstand zusammen mit der SASAG und anderen Unternehmen. Früher hatten die Elektrizitätswerke sogar ihren Stand in einer anderen Halle. Dies zeugt gerade eben von der von uns gelebten Art der Zusammenarbeit. Jedes Jahr trete ich bei der Herbstmesse auf und erwähne die Zusammenarbeit. Im Übrigen funktioniert diese auch in anderen Bereichen sehr gut: Beispielsweise im Energiepunkt. Dort wird jeder Kunde, sei er aus dem EKS-Versorgungsgebiet, von uns oder sogar aus der schweizerischen Nachbarschaft, dem Kanton Zürich, gleich behandelt, bedient und beraten. In diesem Sinne haben wir keine Berührungängste. Ich denke nicht, dass wir mit einem gemeinsamen kleineren Stand Synergiepotentiale nutzen könnten. Gemeinsam könnten wir höchstens einen grossen Stand betreiben. “

Der **Ratspräsident** verliest den geänderten Text des Postulats wie folgt:

Der Stadtrat wird eingeladen, zusammen mit dem Regierungsrat geeignete Formen der Zusammenarbeit der Städtischen Werke der Stadt Schaffhausen (StWSN) sowie des Elektrizitätswerks des Kantons Schaffhausen (EKS) zu prüfen und dem Grossen Stadtrat Bericht und Antrag zu unterbreiten.

Innerhalb des Postulatstextes sind im zweiten Absatz die letzten beiden Sätze zu streichen:

Beide Ziele können aber nur erreicht werden, wenn kleine Betriebsorganisationen fusionieren. Darüber hinaus können bei einer Zusammenlegung auch die Herausforderungen, die mit der Liberalisierung der Strommärkte anstehen, gemeinsam angegangen werden.

Hermann Schlatter (SVP):

„Wir sind alle der Meinung, dass die Verwaltung nicht übermässig beschäftigt werden sollte und haben auch heute Abend detailliert gehört, was der Stadtrat vor hat. Meine Frage lautet nun, was sich denn überhaupt ändern würde, falls der Grosse Stadtrat diesen Vorstoss heute Abend überweisen sollte und stelle die Anschlussfrage an Stadtpräsident Thomas Feurer, ob er - im Fall einer Nichtüberweisung des Postulats - die bereits angelaufene Zusammenarbeit morgen beenden würde.“

Stadtpräsident Thomas Feurer:

„Ich würde mich in diesem Fall über den Entscheid des Grossen Stadtrats hinweg setzen und die Zusammenarbeit trotzdem weiterführen. Zusammen mit dem Signal von Seiten des Kantons würde mir eine Überweisung des Postulats vom Grossen Stadtrat sicherlich den Rücken stärken. Aber Sie müssen in erster Linie darüber entscheiden.“

Peter Möller (SP):

„Ich wehre mich keinesfalls gegen verstärkte und geeignete Zusammenarbeitsformen zwischen den Städtischen Werken und dem Elektrizitätswerk, somit stütze ich die Haltung des Stadtrats. Ich frage mich lediglich, in Anlehnung an die Aussage von Hermann Schlatter, wann wir den Vorstoss abschreiben können. Wir erhalten den verlangten Bericht und Antrag - können wir dannzumal das Postulat abschreiben? Meine Antwort lautet klar: Nein. Die Forderung des Postulats ist nicht erfüllt - es handelt sich ja um eine Daueraufgabe. Deshalb sehe ich keinen Sinn in der Überweisung des Postulats, obwohl ich dessen Stossrichtung grundsätzlich unterstütze. Das Postulat in seiner ursprünglichen Fassung hätte ich aber aus vollster Überzeugung abgelehnt. Der Vorstoss mit der neuen Formulierung macht zwar Sinn, aber nicht als Postulat, sondern als Auftrag an den Stadtrat, wie dieser von jeder bisherigen Sprecherin/jedem bisherigen Sprecher im Rat auch schon bestärkt und erteilt wurde. Ich lehne das Postulat deshalb ab.“

Urs Tanner (SP):

„Die Fraktion bröckelt, und man will den FDP-Gedanken „Keine Bürokratie produzieren“ aufnehmen. Ich empfehle daher eine Umwandlung in eine Interpellation und folge damit ausnahmsweise einmal der SVP/EDU-Fraktionsmeinung. Wir wollen eine Zusammenarbeit und keine Zusammenlegung - dies hat der Stadtrat ja bereits versprochen. Produzieren wir auch keine unnötige Bürokratie. Die Stimmung ist gekippt, daher macht die Umwandlung in eine Interpellation Sinn.“

Schlussabstimmung:

Das Postulat wird in seiner geänderten Formulierung vom Grossen Stadtrat mit 20:12 Stimmen nicht überwiesen.

Das Geschäft ist erledigt.

**Traktandum 3 Postulat Res Hauser (JFSH) vom 18. Juni 2013:
Taxiverordnung durchsetzen, ändern oder abschaffen**

Res Hauser (JFSH)**Begründung**

„Wie im Postulat beschrieben, stehen in der Stadt Schaffhausen für die vielen Taxiunternehmen zu wenig Taxistandplätze zur Verfügung, sprich für über 15 Unternehmen bietet der Bahnhof Platz für 8 Taxis. Dies führt regelmässig zu Engpässen am Bahnhof sowie auf dem Freien Platz. Am Bahnhof ist die Situation vor allem an den Wochenenden an den Abenden überspitzt. Aber auch an normalen Wochentagen kommt es manchmal zu einem überfüllten Bahnhof. Dabei warten Taxis verbotenerweise in der Halteverbotszone, auf den Kurzzeitparkplätzen, dem Güterumschlag und den Parkplätzen vor dem Gleis 6. Dies führt dazu, dass die Leute, die aus dem Zug steigen, ein unschönes Taxichaos am Bahnhof vorfinden. Für Bahnkunden, die mit dem Auto und grossen Gepäckstücken an den Bahnhof kommen, ist es ärgerlich, wenn die Parkplätze von Taxis blockiert werden. Zudem werden die Taxifahrer, die sich an die Regeln halten, benachteiligt. Wenn man sich korrekterweise vom Bahnhof entfernt und andere Fahrer verbotenerweise am Bahnhof stehen bleiben, hat man nämlich kaum eine Chance, einen Platz am Bahnhof und somit die Möglichkeit auf eine Fahrt zu ergattern. Die gleiche Situation der Ungerechtigkeit gibt es am Freien Platz. Taxis, die dort verbotenerweise vor dem Güterhof warten, haben eine bessere Chance auf Fahrten als die anderen Taxis.

Um diese Missstände zu beheben, fordert dieses Postulat den Stadtrat zum Handeln auf. Konkret soll in drei Stossrichtungen gehandelt werden:

1. Massive Erhöhung der Bussenkontrolle: Dabei muss vor allem der Bahnhof vermehrt überprüft werden. Den meisten Taxifahrern, die sich im Halteverbot aufhalten, ist bewusst, dass es verboten ist. Spricht man sie darauf an, sagen sie: „Ich habe noch nie eine Busse bekommen. Ich stehe hier, bis ich eine Busse bekomme, dann mache ich es nicht mehr“.
2. Zusätzliche Taxiplätze errichten: Dies ist am Bahnhof und beim Freien Platz nötig. Bei der Schiffflände könnte man bei der Moserstrasse oder auf dem Freien Platz neue Plätze errichten.
3. Falls die Stadt Schaffhausen nicht in der Lage ist, die Taxiverordnung umzusetzen, sollte in Betracht gezogen werden, diese zu verändern oder abzuschaffen, damit für alle Taxiunternehmen die gleichen Regeln gelten. Zum Beispiel kann man das Verbot beim Freien Platz aufheben. Auch sonst würden kleine Anpassungen der Verordnung nicht schaden, so stimmen beispielsweise die Zeiten der letzten Nachtbusse nicht mehr und auch noch verschiedene andere Kleinigkeiten.

Bitte lassen Sie mich gleich noch die Fraktionserklärung der **FDP/JFSH-Fraktion** anhängen: Unsere Fraktion sieht diese Probleme auch und unterstützt dieses Postulat einstimmig. “

SR Simon Stocker**Stellungnahme Stadtrat**

„Zur Situation am Bahnhof: Derzeit haben 14 Taxiunternehmen eine von der Verwaltungspolizei erteilte Konzession. Jeder Konzessionär hat ein oder mehrere Fahrzeuge als Taxifahrzeug ausgerüstet, insgesamt sind 70 Fahrzeuge im Einsatz. Beim Taxistandplatz am Bahnhof stehen während der Tageszeiten von 05:00 bis

Mitternacht 9 offizielle Taxistandplätze zur Verfügung. Am Bahnhof darf von 06:00 bis 00:30 Uhr pro bewilligten Taxibetrieb nicht mehr als ein Fahrzeug aufgestellt werden. Ein weiterer Taxistandplatz steht auf dem Kirchhofplatz und an der Moserstrasse, Höhe Schweizerhof, in unmittelbarer Nähe des Güterhofes, zur Verfügung. Es ist unbestritten, dass in den letzten Jahren aufgrund der Wirtschaftslage vermehrte Anfragen und Gesuche für Taxikonzessionen gestellt wurden. Leider halten sich nicht alle Taxifahrer an die Regeln. Auch nehmen sie oft nicht genügend Rücksicht auf die Busse der VBSH und der RVSH. Unter den Taxihaltern und Taxiunternehmen besteht ein grosser Verdrängungskampf.

Der Stadtrat teilt deshalb die Auffassung des Postulanten, dass die Situation, allem voran am Bahnhof, zu teilweise chaotischen und sogar gefährlichen Situationen führt, und ist bereit, das Postulat entgegenzunehmen und entsprechend sinnvolle und verhältnismässige Massnahmen zu ergreifen.

Mögliche Massnahmen: Laut dem Postulanten ist der Bahnhof vor allem an den Wochenenden ab 22.00 Uhr überfüllt, und die Bushaltestellen werden verbotenerweise als Standplatz benützt. Um dem entgegenzuwirken, ist der auf der Bahnhofstrasse signalisierte Güterumschlagplatz ab 20:00 Uhr bis um 06:00 Uhr zusätzlich als Taxistandplatz zu signalisieren. Dadurch würde in den Nachtzeiten, wenn die Nachfrage am grössten ist, für bis zu 10 Taxifahrzeuge Platz zusätzlich zur Verfügung stehen. Wie bereits erwähnt, wird das Benützen der Bushaltestellen entlang der Bahnhofstrasse, Seite Bahnhof, ab Mitternacht (nach Abfahrt des letzten regulären Busses) toleriert.

Nach den Umbauarbeiten auf dem Freien Platz wird es kaum möglich sein, dort Taxiparkplätze anzubieten. Es wird jedoch geprüft, ob an der Moserstrasse oder auf dem Bushaltestreifen beim Freien Platz während einer gewissen Zeitspanne Taxiwartepplätze angeboten werden können, zum Beispiel sobald der letzte Bus den Busstreifen benutzt hat.

Zur Taxiverordnung: Mit dem neu in Bearbeitung stehenden Erlass der Verordnung des EJPD über die Taxameter (VTAM) steht eine Revision der Taxiverordnung an. In diesem Rahmen können Anpassungen in der Verordnung vorgenommen werden.

Die Taxiverordnung könnte dahingehend geändert werden, dass die Anzahl Konzessionen beispielsweise auf die Anzahl der bestehenden Taxistandplätze beschränkt wird. Mit der heutigen Taxiverordnung sind die Vorgaben zur Vergabe von Konzessionen in Artikel 4 geregelt. Aufgrund der Handels- und Gewerbebefreiheit ist aber eine Einschränkung oder Entzug mit der bestehenden Rechtsgrundlage nicht möglich. Dazu müsste - wie es in der Taxiverordnung der Stadt Zürich vorgesehen ist - ein entsprechender Artikel geschaffen werden. Im Rahmen der Überarbeitung der Verordnung ist der Stadtrat dazu bereit. Ein entsprechend überarbeiteter Entwurf wird dann im Grossen Stadtrat behandelt und verabschiedet.

In der bestehenden Taxiverordnung besteht mit Artikel 19 heute schon eine Rechtsgrundlage, um Strafen bis zu CHF 1'000.-- auszusprechen. Dies bedingt eine intensive Kontrolle seitens der Verwaltungspolizei. Im Rahmen der Umsetzung der Sofortmassnahmen soll deshalb im Sinne einer Sensibilisierung eine intensivere Kontrolle durchgeführt werden. Eine ganzjährige und regelmässige Kontrolle ist jedoch personalintensiv und nicht verhältnismässig.

Der Stadtrat erhofft sich durch die Umsetzung der Sofortmassnahmen an der

Bahnhofstrasse und der Prüfung neuer Standorte eine Beruhigung der Situation. Mit der Revision der Taxiverordnung wird zudem eine weitere Handhabung geschaffen.

Fazit: Am Bahnhof sind die Taxistandplätze ab 20:00 bis 06:00 Uhr auf dem Güterumschlagplatz der Bahnhofstrasse zu erweitern und entsprechend zu signalisieren. Am Bahnhof darf wie bis anhin von 06:00 bis 00:30 Uhr pro bewilligter Taxibetrieb nicht mehr als ein Fahrzeug aufgestellt werden. Ab 00:30 Uhr bis um 05:00 Uhr ist beidseits der Bahnhofstrasse auf einem Teil der Bushaltestellen die Nutzung als Taxistandplatz zu tolerieren. Jedoch dürfen die eingesetzten Nachtbusse nicht behindert werden. Damit kann eine Entlastung der Taxistandplätze geschaffen werden, und den Taxibetrieben würden in den Abendstunden eine genügende Anzahl Standplätze zur Verfügung stehen.

In der Abschaffung der Taxiverordnung sieht der Stadtrat keine Lösung. Sie würde kaum zur Lösung der Situation beitragen, sondern die teilweise chaotische Situation am Bahnhof verstärken. Der Stadtrat ist aus den dargelegten Gründen bereit, das Postulat entgegzunehmen. “

Theresia Derksen (CVP)

OeBS/CVP/EVP-Fraktionserklärung

”Die Mitglieder der Fraktion OeBS/CVP/EVP haben das Postulat betreffend Taxiverordnung diskutiert und sind mehrheitlich zum Schluss gekommen, dass sie kein Problem mit den Taxichauffeuren erkennen können. Wir finden zwar schon, dass Kurzzeitparkplätze, wo Besucher jemanden zum Zug bringen oder abholen können, nicht von den Taxis besetzt sein sollten. Aber was macht man, wenn diese zurzeit wegen einer Bauabsperung der SBB nicht nutzbar sind?

Es kann sinnvoll sein, wenn der Stadtrat das Bedürfnis nach zusätzlichen Taxiparkplätzen abklärt und, wenn nötig, eventuell nachts oder wenn keine Busse mehr verkehren, zwei oder drei zusätzliche Taxihaltestellen in der Mitte der Bahnhofstrasse erlaubt. Dies liegt in der Kompetenz des Stadtrates. Gleichzeitig könnte der Stadtrat zusammen mit den SBB dafür sorgen, dass genügend „Kiss and Ride-Parkplätze“ frei sind, und zwar auch dann, wenn beim Bahnhof gebaut werden muss.

Die Fraktionsmehrheit der OeBS/CVP/EVP sieht die Lösung aber nicht in einer Erhöhung der Bussenkontrolle und auch nicht darin, die Taxiverordnung abzuschaffen. Ort und Zahl der Standplätze auf öffentlichem Grund zu bestimmen, liegt in der Kompetenz des Stadtrates. Es braucht deshalb keine weiteren Massnahmen bezüglich der gültigen Taxiverordnung.

Der Stadtrat soll seine Kompetenz nutzen, das Nötige umsetzen und veranlassen, und dazu braucht es nicht unbedingt eine Vorlage an den Grossen Stadtrat. “

Peter Möller (SP)

SP/Juso-Fraktionserklärung

”Die SP/Juso-Fraktion teilt die Einschätzung des Postulanten betreffend Missstände im Bereich des Taxiwesens in der Stadt Schaffhausen. Wie es unsere Art ist, wenn wir Missstände entdecken, bieten wir auch Hand zur Behebung, selbst wenn der Anstoss dazu von der rechten Ratsseite kommt.

Die SP/Juso-Fraktion wird das Postulat unterstützen. Eine Anmerkung an die Postulatinnen und Postulanten sei aber bereits hier angebracht: Die Durchsetzung

von Gesetzen und Verordnungen, insbesondere auch mit den geforderten Bussenkontrollen, ist nicht gratis zu haben, denn dafür braucht es Personal, da helfen keine Automatisierungen oder Ähnliches. Sie haben es bereits von SR Simon Stocker gehört. Ich hoffe, dass Sie dies bei den bald anstehenden Budgetberatungen bei den Personalkosten noch in Erinnerung haben werden. “

Hermann Schlatter (SVP)**SVP/EDU-Fraktionserklärung**

”Zu Beginn der Ratssitzung wusste ich noch nicht, dass ich zu diesem Geschäft sprechen darf. Offensichtlich hat sich Hansueli Scheck wegen eines akuten Hexenschusses und des erst heute Abend möglichen Arztbesuches entschuldigt. Wir haben das Thema in der Fraktion eingehend diskutiert. Ich werde Ihnen im Anschluss die Meinung der SVP/EDU-Fraktion mitteilen.

Die teilweise chaotischen Zustände bei den Taxiplätzen und den Kurzzeitparkplätzen im Bereich des neuen Bushofs sind eine Tatsache. SR Simon Stocker hat aufgezeigt, dass das Problem aufgrund der bestehenden Gesetzgebung geregelt werden könnte. Sicherlich ist es so, dass gewisse Plätze durch die Grossbaustelle hinter dem Bahnhof weggefallen sind (alter Bushof). Wir gehen davon aus, dass sich die Situation nach Bauabschluss verbessert und dann wieder Abstellflächen für Taxis bestehen. Grundsätzlich vertreten wir die Meinung, dass die Problematik mit den bestehenden Gesetzen angegangen werden muss und bei Kontrollen diejenigen, die sich nicht daran halten, geahndet werden müssen.

Es gibt unseres Erachtens aber noch eine weitere kritische Stelle, und zwar beim Unilever-Gebäude. Dort besteht die Möglichkeit für Busse, Gäste ein- und aussteigen zu lassen. Neuerdings hat es vermehrt Fahrlehrer, die ihre Schüler dort ein- und aussteigen lassen. Auch parkieren öfters Bankkunden und Benutzer des Bancomaten auf diesen Plätzen. Dadurch ergeben sich schwierige Situationen, vor allem zusammen mit dem fahrenden Verkehr, der sich zwischen den Baustellen durchzwängen muss. Scheinbar war es sehr heiss, als ein grosser Teil der SVP das Postulat unterschrieben hat. Aufgrund dessen, was wir gehört haben, wäre es allenfalls empfehlenswert, das Postulat - dessen Forderungen mehr oder weniger im Lösungsansatz bereits aufgezeigt wurden - in eine Interpellation umzuwandeln.

Der Stadtrat hat erkannt, dass Handlungsbedarf besteht, und tut dies auch ohne Postulat. “

Leonardo Pivetta (AL)**AL-Fraktionserklärung**

”Bei diversen Fahrten mit meinem bevorzugten Taxichauffeur bekam ich immer wieder zu hören, dass sich einige Taxifahrer nicht an die von der Taxiverordnung vorgegeben Spielregeln halten. Die wesentlichsten Vergehen sind im Postulat beschrieben, weshalb ich nicht weiter drauf eingehen möchte. Ich versprach dem Taxichauffeur, mich dieser Angelegenheit anzunehmen. Daher bin ich Kollege Hauser dankbar, dass er als Insider, da er selbst als Taxifahrer öfters unterwegs ist, mir zugekommen ist, respektive mir Abklärungen und Recherchen erspart hat.

Nun möchte ich diese Gelegenheit nutzen, um als regelmässiger Besucher des Güterhofs auf die Taxisituation vor dem Lokal hinzuweisen. Die Taxis stehen gleich am Ausgang des Lokals auf dem Freien Platz, obwohl sie dort nichts zu suchen haben, da es ganz klar verboten ist. Die nicht gesetzeskonforme Situation scheint aber von den zuständigen Behörden als auch von der Polizei toleriert zu werden. Es

ist aber nicht mein primäres Ziel, die Taxis von dort verschwinden zu lassen, sondern ich möchte Stadtrat Simon Stocker bitten, diese unbefriedigende Situation bei der Diskussion um die Taxiverordnung zu berücksichtigen und entsprechende Lösungen anzubieten.

Zusätzlich zu dem im Postulat erwähnten Vorschlag, an der Moserstrasse weitere Taxiparkplätze einzurichten, hätte ich einen weiteren Lösungsansatz: Die Bushaltestelle Schiffflände würde genug Platz bieten, um diese Fläche ab einer gewissen Zeit, zum Beispiel nachdem der letzte Nachtbus die Haltestelle bedient hat, für Taxis freizugeben. Eine einfache Beschilderung würde sicherlich reichen. Ich denke, dass die Lösung mit der Bushaltestelle vermutlich Taxichauffeure und Kundschaft überzeugen würde.

Da wir schon über die Taxiverordnung diskutieren, hätte ich gleich noch ein weiteres Anliegen. Als Energiestadt und vor dem Hintergrund der Ziele der 2000-Watt-Gesellschaft stünde es unserer Stadt gut an, bei der Lizenzvergabe zukünftig jene Taxis zu bevorzugen, die gewisse Umweltkriterien, wie zum Beispiel einen Ausstoss von unter 130g CO₂ pro Kilometer, ausweisen oder über einen Hybrid-Motor verfügen.

Zum Schluss möchte ich noch kurz etwas zur Einhaltung der Taxiverordnung sagen: Wenn Verstösse gegen geltendes Recht einfach hingenommen und bewusst nicht sanktioniert werden, nützt auch die beste Verordnung nichts. Wer wird in Zukunft für deren Einhaltung sorgen? Beamte müssten permanent an Ort und Stelle präsent sein. Dafür fehlt es aber ganz bestimmt sowohl an humanen als auch finanziellen Ressourcen.

Es braucht also beides, eine Verordnung, die praktikabel ist und deren Umsetzung auch kontrolliert wird. Wer nicht bereit ist, die Kosten für die Kontrolle zu übernehmen, muss sich die Mühe nicht machen, Gesetze zu verabschieden. Dann herrscht einfach Anarchie. Ich bin zuversichtlich, dass der Stadtrat gute Vorschläge zur Besserung der momentan prekären Situation ausarbeiten wird.

Die **AL-Fraktion** wird dem Postulat klar zustimmen. “

SR Simon Stocker

Stellungnahme

”Es besteht Konsens, dass das Problem erkannt ist. Die Ursachen liegen hauptsächlich an einer Kumulation von Problemen. Einerseits wurden zu viele Konzessionen vergeben, andererseits verschlechtern die Umbauarbeiten am Bahnhof die Situation, und auch die bevorstehenden Umbauarbeiten am Freien Platz kommen auf uns zu. Sobald die Bauarbeiten am Bahnhof beendet sind, wird sich die Situation entspannen; ich werde in diesem Zusammenhang das von Hermann Schlatter erwähnte Problem mit den Kurzzeitparkplätzen gerne aufnehmen. Ist der Freie Platz nicht mehr befahrbar, haben wir dort freien Platz für die Bushaltestelle; am Bahnhof wird das Problem damit gelöst, dass zu Stosszeiten der Mittelstreifen zur Verfügung gestellt werden kann. Durch diese Sofortmassnahmen können wir die Probleme lösen. Sollte es sich erweisen, dass innerhalb der bestehenden Verordnung weitere Massnahmen ergriffen werden müssen, werden wir dies auch tun. Ich gehe davon aus, dass es aber nicht dazu kommen wird.

Betreffend “Green Taxi”: Diese Initiative ist bereits ergriffen. Unter der Ägide der IWC gibt es oder laufen bereits Bestrebungen, dass die Mitarbeitenden dieses bevorzugt

benutzen sollen. Die IWC ist auch an mich persönlich herangetreten, ob die Stadt solche Projekte fördere, indem an Standorten mit Elektrotankstellen Taxistände geschaffen werden könnten. Es freut mich sehr, dass die stadteigene Wirtschaft initiativ ist, dazu bieten wir natürlich sehr gerne Hand. “

Res Hauser (JFSH)**Schlusswort des Postulanten**

”Zu den Massnahmen des Stadtrats: Den Güterumschlag, das heisst den Mittelstreifen als Taxiplatz zu benutzen, finde ich sehr gut. Vielleicht müsste abgeklärt werden, ob dies zu gefährlich sein könnte, weil die Busse zu nahe vorbeifahren. Benutzen des Busstreifens in der Nacht (wird bereits gemacht): Dies müsste noch in der Verordnung verankert werden.

Zum Freien Platz: Das ist eine gute Lösung, wenn der Busstreifen in der Nacht als zusätzlicher Parkplatz für Taxis benutzt werden kann. Ich wünschte mir, dass zwei Plätze auf dem Freien Platz eingerichtet werden könnten, auch tagsüber (Ankunft der Schiffe) oder abends, wenn jemand vor dem Nachtbus um 2.10 Uhr den Güterhof verlassen und nach Hause möchte.

Zur angesprochenen Kontrolle, die sehr teuer ist: Es ist wichtig, dass einmal an zwei aufeinander folgenden Wochenenden Kontrollen durchgeführt werden. Taxichauffeure sind nicht so reich, dass sie gleich an zwei Wochenenden Bussen bezahlen könnten. Bezüglich weniger Konzessionen: Dies erscheint mir eine schwierige Angelegenheit. Ich bevorzuge deshalb die Schaffung von mehr Taxiplätzen.

Abschaffung der Taxiverordnung: Zugegebenermassen ist die Formulierung im Postulat etwas unglücklich. Grundsätzlich ist die Abschaffung dieser Verordnung aber nicht mein Ziel.

Zur OeBS/CVP/EVP-Fraktion: Die aktuelle Baustelle hat das Problem der Kurzzeitparkplätze nicht zwingend verschärft. Vor Baubeginn war es so, dass von vier Kurzzeitparkplätzen drei mit Taxis besetzt waren. Dazu kann ich Ihnen folgende Geschichte erzählen: Ich stand auf dem hintersten Platz auf dem Taxistreifen am Bahnhof, hinter mir hätten noch zwei Fahrzeuge Platz gehabt, vor mir war ein Taxi einer bestimmten Firma, das wegfuhr. Von dieser Firma durfte sich gemäss Taxiverordnung kein zweites Taxi platzieren. Das nun weggehende Taxi informierte per Funk ein anderes, welches dann von den Kurzzeitparkplätzen an den Bahnhof kam. Solche Spiele finde ich nicht in Ordnung und müssten verhindert werden.

Umwandlung in eine Interpellation: Ich halte am Postulat fest. Sobald die neue Taxiverordnung vorliegt und mehr Taxiplätze geschaffen wurden, kann das Postulat abgeschrieben werden. “

Schlussabstimmung

Das Postulat wird vom Grossen Stadtrat mit 20 : 8 Stimmen überwiesen.

Das Geschäft ist erledigt.

Schlussmitteilungen des Ratspräsidenten:

Zu Traktandum 1: Es wurde kein Widerspruch eines Ratsmitglieds oder eines Mitglieds des Stadtrats eingelegt. In Anwendung von Art. 34 der Geschäftsordnung hat der Grosse Stadtrat der Vorlage des Stadtrats vom 7. Mai 2013: Bauabrechnung Sanierung der Bühl-Sportanlagen (Bau eines Kunstrasen-Spielfeldes) mit den Anträgen im vereinfachten Verfahren zugestimmt.

Das Geschäft gilt somit als erledigt.

Neu eingegangenes Geschäft:

Interpellation von Dr. Katrin Bernath (OeBS) vom 20. August 2013: Freiräume für die Bevölkerung und die Natur in der Stadt Schaffhausen

Kleine Anfrage Katrin Hauser-Lauber (FDP) vom 22. April 2013: Ist die Zukunft der Polizeiarbeit in unserer Altstadt rund um die Uhr ohne Mehrkosten für die Stadt gesichert?

Dem Stadtrat fehlt für die Beantwortung ein versprochenes Dokument des Kantons, das bereits in Arbeit ist, aber noch vom Regierungsrat formell genehmigt werden muss. Katrin Hauser-Lauber wurde am 6. August 2013 per Email informiert.

Zusammensetzung der 11er-SPK zur Vorberatung VdSR Städtische Werke Schaffhausen, Tarifrevision Wasser 2013, Anpassung Rahmentarif Wasser:

OeBS/CVP/EVP: Rainer Schmidig, Dr. Nathalie Zumstein (einladende Fraktion)

FDP/JFSH: Nicole Herren, Nihat Tektas

SVP/EDU: Dr. Cornelia Stamm Hurter, Walter Hotz, Alfred Tappolet (allenfalls nicht definitiv)

SP/Juso: Peter Möller, Osman Osmani, Patrik Simmler

AL: NN

Für den ersten Sitzungstermin wird eine Doodle-Umfrage stattfinden.

Rücktrittsschreiben Martin Roost:

Mit Bedauern muss ich Ihnen mitteilen, dass ich auf den 31. August 2013 meinen Rücktritt aus dem städtischen Parlament bekanntgebe. Verschiedene berufliche Zusatzaufgaben verunmöglichen es mir, in den nächsten Monaten die parlamentarische Tätigkeit weiterhin seriös und mit dem nötigen zeitlichen Engagement auszuführen. Da ich mich selbst als Person einschätze, die gerne die gestellten Aufgaben mit vollem Einsatz erledigt, kann ich die Parlamentstätigkeit so nicht weiter ausführen, ohne dass meine Familie, mein berufliches Umfeld oder meine Gesundheit darunter leidet. Ich wünsche Ihnen für die kommende Zeit viel Sachverstand und Weitblick. Schauen Sie über Ihre Partei- und Fraktionsgrenzen hinaus zugunsten guter Lösungen für diese wundervolle und lebenswerte Stadt. Oder frei nach Antoine de Saint Exupéry: "Um klar zu sehen, genügt oft schon ein Wechsel der Blickrichtung". Herzlichen Dank für die vielen schönen und spannenden Begegnungen.

Gezeichnet: Martin Roost

PS: Bitte verzichten Sie auf eine persönliche Würdigung und lassen Sie die Mitglieder des Parlaments lieber früher in den wohlverdienten Feierabend.

Würdigung der Tätigkeit von Martin Roost:

Martin Roost gehörte dem Rat seit dem 1. Januar 1993 bis 1996 und 1. Januar 2005 bis zum 31. August 2013 an. Er war ein sehr aktives Ratsmitglied, und zudem ein Ratsmitglied des Schaffhauser Gewerbes, das nicht allzu stark im Parlament vertreten ist. Aus diesem Grund ist sein Austritt sehr bedauerlich. Trotzdem verdankt der Ratspräsident die 8-jährige Ratstätigkeit von Martin Roost im Parlament und zugunsten der Schaffhauser Bevölkerung und wünscht ihm für die Zukunft alles Gute, vor allem gute Gesundheit und viel Erfolg im Geschäft.

Der Ratspräsident hofft, dass Martin Roost als Abschluss am diesjährigen Ratsausflug vom 3. September 2013 teilnehmen kann.

Die nächste Ratssitzung findet am Dienstag, 17. September 2013, 18 Uhr, statt.

Für den Ratsausflug vom 3. September 2013 und die nächste Ratssitzung vom 17. September 2013 hat sich Daniel Preisig (SVP) entschuldigt.

Der Stimmenzähler Hansueli Scheck (SVP) hat sich ebenfalls für die nächste Ratssitzung entschuldigt.

Der **Ratspräsident** beendet die Sitzung um 20:17Uhr.

Die Ratssekretärin:

Gabriele Behring